



N i e d e r s c h r i f t

über die 11. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit am 08.09.2021

Sitzungsraum: Bremerhaven, Fischbahnhof
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:24 Uhr

Teilnehmer/innen:

Ausschussvorsitzender

Herr Oberbürgermeister Grantz

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Böttger-Türk
Herr Stadtverordneter Hoffmann
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Herr Stadtverordneter Kurutlu
Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel
Frau Stadtverordnete Kargoscha
Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok
Herr Stadtverordneter Raschen

Fraktion DIE GRÜNEN PP

Frau Stadtverordnete Hoch, Vertretung für Herrn Labetzke
Herr Stadtverordneter Kaminiarz
Frau Stadtverordnete Stephan-Titze

Fraktion BIW

Herr Stadtverordneter Timke

Fraktion DIE LINKE

Frau Stadtverordnete Schröder

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

Fraktion AfD

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Schriftführung

Frau Mahlstedt
Frau Schnoor

Entschuldigt:

Herr Stadtverordneter Niedermeier

Weitere Teilnehmer:

Direktor Ortspolizeibehörde:
Ortspolizeibehörde:
Ortspolizeibehörde:
Ortspolizeibehörde:
Bürger- und Ordnungsamt:
Feuerwehr:
Feuerwehr:
Feuerwehr:
Feuerwehr:
PR Feuerwehr:
Gesamtpersonalrat:
Personalrat OPB:
Personalrat OPB:
Personalamt:
Nordsee-Zeitung:
CDU:

Herr Götze
Herr Müller
Herr Siebert
Herr Ortgies
Herr Herbrig
Herr Cordes
Herr Makel
Frau Hristova
Frau Sethmann
Herr Albrecht
Herr Dreimann
Herr Kieck
Herr Wall
Herr Wagner
Frau Adomeit
Herr Melchers
Frau Schnitker

Herr Grantz eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung. Es gibt keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche der Tagesordnung.

1. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

2. Bereich Polizei und Feuerwehr

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 10. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2019/2023 am 23.06.2021 I 40/2021

Der Ausschuss genehmigt einstimmig die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

2.2. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV I 45/2021

Herr Herbrig teilt zum Punkt 2 mit, dass es eine erneute Begehung gab. Es wird ein Fußgängerüberweg an der nördlichen Seite der Spadener Straße am westlichen Ende der Bushaltestelle errichtet. Die Bushaltestelle wird im gleichen Zuge barrierefrei umgestaltet. Die Umsetzung wird vom Amt für Straßen- und Brückenbau ausgeführt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

2.3. Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

3. Bereich Feuerwehr

3.1. Katastrophenschutz (Vortrag)

3.1.1 Evaluierung Ist-Situation, Perspektiven und Handlungsfelder

3.1.2 Sirenenalarmierung, Sachstand Machbarkeitsstudie

Herr Grantz führt aus, dass es in den letzten Wochen nach den Vorkommnissen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, wo über 150 Menschen ums Leben gekommen und Schäden in Milliardenhöhe entstanden sind, in der Bundesrepublik Deutschland eine breite Diskussion über den Katastrophenschutz gegeben hat, vor allem wie Menschen rechtzeitig alarmiert werden können. Er geht davon aus, dass solch eine Katastrophe für Bremerhaven eher unwahrscheinlich ist. Selbst im Bereich des Geestesperrwerks wird von bremenports versichert, dass der aktuelle Katastrophenschutz absolut gewährleistet ist. Alsdann übergibt Herr Grantz das Wort an Herrn Makel.

Herr Makel berichtet zum Thema Katastrophenschutz gemäß der anliegenden Präsentation und stellt neben der Ist-Situation die aktuellen Handlungsfelder vor. Die interne Planung sieht vor, noch in 2021 die bestehenden Zuständigkeitsregelungen zu evaluieren und die Geschäftsordnung Katastrophenschutz magistratsintern zu überarbeiten. 2022 steht der Aufbau der Warn- und Informationsinfrastruktur im Vordergrund, bis Ende 2023 sollen als Schwerpunkt die Teilkatastrophenschutzkalender „Kritische Infrastruktur“, „Cyberangriffe“, „Stromausfall“, „Hochwasser“, „Betreuung“ und „Pandemiebekämpfung“ abschließend als Grundlage für einen modernen Katastrophenschutz (Notfallpläne) finalisiert bzw. angepasst werden. Bis 2026 soll die Neukonzeption des Katastrophenschutzes abgeschlossen werden, einschließlich der Evaluation der eigenen reaktiven Fähigkeiten, der Planung des Einsatzes exterritorialer Kräfte und der Evaluierung der eigenen materiellen Ressourcen. Die Ausbildung und Schulung von Führungskräften des Magistrats/des Katastrophenschutzes finden begleitend auch im Rahmen von Übungen statt. Personell ist das Team Katastrophenschutz seit dem 01.08.2022 wieder mit zwei Mitarbeiter:innen besetzt, mit Umsetzung der beantragten Ausbildungsstelle in 2022 und Besetzung der aktuell noch vakanten Sachbearbeitungsstelle ist die personelle Funktionsfähigkeit gegeben.

Herr Grantz bedankt sich bei Herrn Makel für den interessanten Vortrag. Hierdurch ist noch einmal deutlich geworden, dass Katastrophenschutz ein fortlaufender Prozess ist, der stets überarbeitet werden muss. Auch an den Statuten, wer in der Verwaltung wann welche Verantwortung übernimmt, muss noch einmal dringend gearbeitet werden.

Deutlich hervorheben möchte Herr Grantz noch einmal, dass ohne die Hilfe diverser Organisationen, wie Technisches Hilfswerk, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfallhilfe und vielen weitere, ein Katastrophenschutz gar nicht möglich ist. Auch aus diesem Grund muss darauf geachtet werden, dass vorhandene Katastrophenschutzmittel für Ausrüstung auch in diese Bereiche gehen müssen. Er betont aber noch einmal ganz deutlich, dass die Politik trotz der engen Haushaltslage in den letzten Jahren immer dafür Sorge getragen hat, auch diese unterschiedlichen Bereiche besser auszustatten.

Herr Grantz fasst nochmals die für 2021/2022 priorisierten Punkte mit der Erstellung der Geschäftsordnung Katastrophenschutz, die Überarbeitung der Teilkalender und die Umsetzung eines Warnsystems in 2022 zusammen. Bezüglich der Beschaffung eines Sirenensystems weist er auf die Problematik hin, dass aufgrund der bundeseitigen Finanzierung ein sehr enger Zeitplan, gerade auch im Hinblick auf notwendige Ausschreibung, umzusetzen ist.

Herr Grantz weist darauf hin, dass die Krisenstabsarbeit während der Pandemie zumindest die Leistungsfähigkeit der Führungsgremien im Katastrophenschutz deutlich gezeigt hat, auch wenn im Gegensatz zu anderen Städten kein Katastrophenfall ausgerufen werden musste. Dies war auch dadurch begründet, dass bereits in der Alltagsorganisation die Gefahrenabwehr gut aufgestellt ist. Die Feuerwehr und das Gesundheitsamt haben hier zusammen im Magistrat eine hervorragende Arbeit geleistet. Beispielhaft verweist Herr Grantz auf ein Gespräch mit Herrn Peters von der Bundesärztekammer, der darauf verwies, „das auf der Bundesebene sehr deutlich zur Kenntnis genommen wurde, wie unbürokratisch, wie schnell und gut organisiert im Bereich der Pandemie in Bremerhaven gearbeitet worden ist.“

Herr Freemann bedankt sich bei Herrn Makel für den sehr informativen Vortrag und bittet darum, die Präsentation zu Protokoll zu geben.

Herr Cordes antwortet darauf, dass es nach jetzigem Sachstand keine Verlängerungsoption über 2022 hinaus gibt. Die Ausschreibung der Warnsysteme wird unmittelbar nach Vorlage der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie noch im Herbst durchgeführt. Schwachstelle ist tatsächlich die Lieferverfügbarkeit der Sirenen bei den Herstellern, hier bleiben die Ergebnisse der Ausschreibung abzuwarten.

Weiterhin merkt Herr Kaminiaz an, dass er perspektivisch hohe Anforderungen an den Katastrophenschutz vor dem Hintergrund des Klimawandels sieht. Hierzu erfragt er die Einschätzung des Katastrophenschutzes.

Herr Raschen erläutert zum Sperrwerk, dass dies letzte Woche im Hafenausschuss thematisiert wurde. Die Fertigstellung ist demnach für 2028 geplant und darf sich nach seiner Einschätzung keinesfalls weiter verzögern. Herr Raschen erläutert weiter, dass der Katastrophenschutz grundsätzlich eine Landesangelegenheit ist und dies auch in Finanzierungsfragen zu beachten ist.

Weitere Fragen oder Anmerkungen gibt es nicht. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Herr Kaminiarz hat es aus dem Vortrag von Herrn Makel so verstanden, dass Bremerhavener vor Ort waren und auch eingesetzt wurden und bittet um Erklärung.

Herr Cordes erklärt, dass Herr Makel von Katastrophenschutzkräften sprach, die über die Hilfsorganisationen und nicht von uns als Katastrophenschutzbehörde entsandt wurden. Es waren Kommunalvertreter u. a. von DRK, JUH und THW vor Ort, die sich z. B. um die Separierung des Öl-Wasser-Gemisches gekümmert haben. Herr Cordes schätzt, dass jede der genannten Hilfsorganisationen zwei bis drei Einsatzkontingente mit kleinerer Personenanzahl geschickt hat, genauere Zahlen kann er nicht nennen.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

3.5. Bericht zu Patientenzuweisungen im Rettungsdienst | 38/2021

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Bericht zu den Patientenzuweisungen zur Kenntnis.

3.6. Bericht zur Gewalt im Rettungsdienst in 2021 | 39/2021

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

3.7. Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen.

4. Bereich Polizei

4.1. Bericht zur Einbruchskriminalität | 42/2021

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

4.2. Bericht zu Gewalt gegen Polizeibeamte | 43/2021

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

4.3. Sachstand Neubau Polizeirevier Geestemünde | 44/2021

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt Kenntnis.

4.4. Sachstandsbericht zum Beschluss der Stadtverordnetenversammlung aus der 7. Öffentlichen Sitzung der 20. Wahlperiode am 14.07.2020 | 46/2021
Hier: StVV – AT 17/2020 Kampagne gegen Gewalt entwickeln

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit spricht sich dafür aus, dass die notwendigen Mittel im Zuge der Haushaltsberatungen 2022/2023 sichergestellt werden.

4.5. 91/7 - Mittelumwidmung beim Bürger- und Ordnungsamt von Personalkosten zu Investitionen | 47/2021

Herr Raschen erklärt die Einbringung der Vorlage damit, dass im letzten Jahr die Gelder für 6 Stellen im Bürger- und Ordnungsamt im Haushalt beschlossen wurden. Da die Besetzung der Stellen sich etwas schwieriger gestaltet und zurzeit lediglich eine Stelle besetzt wurde, soll das Geld nun für etwas anderes Sinnvolles ausgegeben werden. Man hat sich dafür entschieden, das Geld zum einen in zwei neue Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen zu investieren und zum anderen soll der Bürgerservice mobiler werden, durch die Anschaffung von E-Bikes.

Herr Timke kritisiert die Vorlage. Es müssen die Prioritäten geklärt werden. Liegen sie in der Geschwindigkeitsüberwachung oder in der Sanierung des Haushalts. Weiterhin hat die Anschaffung von Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen in den Augen der Bürger den Beigeschmack, dass

die Politik das nur zur Sanierung des Haushalts macht. Für die gewählten Standorte gibt es ebenfalls keine Erklärung. Herr Timke beantragt, dass der Beschlussvorschlag in die nächste Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit gestellt wird und dann entsprechendes Datenmaterial mit vorgelegt wird, womit die Standorte gerechtfertigt werden.

Herr Grantz lässt über den Vertagungsantrag von Herrn Timke abstimmen. Der Vertagungsantrag ist mit zwei Gegenstimmen abgelehnt

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt – wie unter B. Lösung dargestellt - für das Haushaltsjahr 2021 die Mittelumwidmung innerhalb des Kapitels 6120 des Bürger- und Ordnungsamtes.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss wird gebeten, gleichlautend zu beschließen.

4.6. Befristeter Stellenmehrbedarf in der Straßenverkehrsbehörde des Bürger- und Ordnungsamtes **I 48/2021**

Herr Grantz lässt nachfragen, ob die Tischvorlage mit auf die Tagesordnung genommen werden soll. Dieses ist der Fall.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschließt mit einer Enthaltung und einer Gegenstimme mehrheitlich, vorbehaltlich des Beschlusses des Personal- und Organisationsausschusses in seiner Sitzung am 09. September 2021, die Anerkennung eines auf zwei Jahre befristeten überplanmäßigen Bedarfs einer Vollzeitstelle (Entgeltgruppe 9a TVöD (Entgeltordnung/VKA) für die Straßenverkehrsbehörde des Bürger- und Ordnungsamtes.

Zum Stellenplan 2022/2023 ist ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

4.7. Verschiedenes

Herr Herbrig teilt zur Bundestagswahl mit, dass es einen neuen Rekord an Briefwählern zu verzeichnen gibt. Es sind zurzeit ca. 12.000 Briefwahlanträge und somit 3.000 Anträge mehr als zur letzten Wahl. Der Senat hat die Coronaverordnung geändert auch im Hinblick auf die Coronaschutzmaßnahmen in den Wahllokalen.

Herr Timke bittet für die nächste Ausschusssitzung um einen Bericht zur derzeitigen Auto-Poser-Szene. Speziell, ob sich die Szene vom Wilhelm-Kaisen-Platz zum Willy-Brand-Platz verlegt hat und wie die Erfahrungen der Polizei hinsichtlich der nächtlichen Treffen ist.

Herr Grantz schließt um 17:24 Uhr die Sitzung des öffentlichen Teils.

Vorsitzender

gez. Grantz
Oberbürgermeister

Schriftführerin Bereich Polizei

gez. Schnoor

Schriftführerin Bereich Feuerwehr

gez. Mahlstedt